

Antrag der Fraktion der CDU**Islamfeindlichkeit wirksam begegnen**

Offene Islamfeindlichkeit ist in Deutschland in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie ist die am stärksten tolerierte Form von Rassismus. In jüngster Zeit haben eine Vielzahl von islamfeindlichen Taten in ganz Deutschland Muslime tief verunsichert. Allein im Monat Juli kam es zu sieben Bombendrohungen gegen Moscheen. In Bremen, Schleswig, Münster und Minden wurden Koranexemplare geschändet und Vandalismus betrieben. Ermittlungsergebnisse liegen bisher nirgends vor. Beinahe täglich gibt es neue Bombendrohungen oder Meldungen von Vandalismus in Moscheen.

Die rasant zunehmenden islamfeindlichen Taten sind eine Form des Rassismus, die wir uns in einer offenen und freien Gesellschaft nicht gefallen lassen können. Der Islam fällt unter die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit und verdient deshalb besonderen Schutz. Rechte Hetze und der bundesweite Zulauf zur AfD, insbesondere in den Ost-Bundesländern, befeuern derartige Hasstaten. Diese zutiefst besorgniserregende Entwicklung darf nicht dazu führen, dass unsere muslimischen Mitmenschen das Vertrauen in die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden verlieren. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass sie sich in Deutschland sicher fühlen. Sie haben dabei den vollen Rückhalt und die Unterstützung der Bremer Politik und Behörden verdient.

Muslimische Gotteshäuser werden bisher immer nur temporär geschützt, wenn sie zuvor attackiert wurden. Es gilt nun aber nach dauerhaften Lösungen zu suchen, um solche Taten bereits frühzeitig zu verhindern und nicht zu einer Alltäglichkeit werden zu lassen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen jegliche Art islamfeindlicher Taten in Bremen und in ganz Deutschland aus. Der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft und verdient unser aller Respekt. Derartige niederträchtige Straftaten, wie die, die am 8. Juni 2019 in der „Rahma“-Moschee in Bremen stattgefunden hat, verurteilt die Bürgerschaft (Landtag) aufs Schärfste.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 - a) ein Sicherheitskonzept für die Moscheen im Land Bremen zu erstellen und dieses bis Dezember 2019 der Bremischen Bürgerschaft vorzulegen, welches Präventivmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen beinhaltet,
 - b) einen festen Ansprechpartner im Senat und bei den Sicherheitsbehörden zu bestimmen, der insbesondere bei Notfällen im islamkulturellen Bereich und für präventive Arbeit in diesem Zusammenhang zuständig ist,
 - c) weiterhin für die Sensibilisierung der Mitarbeiter des kriminalpolizeilichen Dauerdienstes und des Lagezentrums der Polizei hinsichtlich religiös motivierter Straftaten zu sorgen, sowie sich für die

Optimierung der Abläufe im Lagezentrum bei Einsätzen in Gottes-
häusern einzusetzen,

- d) im Bereich der Bildungsarbeit frühzeitig darauf hinzuwirken, dass insbesondere an Bremer Schulen über antimuslimischen Rassismus aufgeklärt wird und dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende projektorientierte Arbeit gegen Rassismus und Intoleranz stattfindet.

Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU